



Im Gespräch mit S.E. Ahmed Alattar, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, und Armin Laschet.

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich in diesem Winter um die Wärmeversorgung ihrer Haushalte. Die bisher spärlichen Entlastungen in der Energiekrise kamen erst mit erheblicher Verzögerung an. Die geplante Strom- und Gaspreisbremse sorgt derzeit eher für Verunsicherung als für Klarheit und Planungssicherheit.

Bei der Verfolgung der ambitionierten Klimaschutzziele setzt die Bundesregierung bei der Wärmewende einseitig auf Verbote und zu wenig auf Technologie. Daher haben wir als CDU/CSU 20 Vorschläge (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004675.pdf>) für eine technologieoffene, nachhaltige und soziale Wärmewende entworfen. Dazu gehören u. a. der Ausbau der Netze und Speicher, steuerliche Verbesserungen für Sanierungen, einen breiten technologischen Ansatz sowie Sicherstellung der sozialen Verträglichkeit.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Keine Erbschaftssteuerverhöhung durch die Hintertür
Wir brauchen eine globale Energiepolitik
Mein Appell an Robert Habeck zum Wunsiedler Weg

2
2
3

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Keine Erbschaftssteuernerhöhung durch die Hintertür

Mit dem Beschluss des Jahressteuergesetzes 2022 haben die Ampel-Fraktionen zum Jahreswechsel eine Änderung der steuerlichen Bewertung von Immobilien, also Häusern, Grundstücken und Wohnungen, vorgenommen. Die Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer wurden hingegen nicht angepasst. Damit droht in vielen Fällen eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer. Damit wird es Familien zukünftig schwerer gemacht, das eigene Haus steuerfrei zu vererben.

Diese Steuererhöhung durch die Hintertür erfolgt ohne Not. Es gibt keine zwingende Verpflichtung, die steuerliche Neubewertung schon zum Jahreswechsel vorzunehmen. Vielmehr besteht die Möglichkeit, mit dem Jahressteuergesetz 2022 die Steuererhöhung durch eine Anpassung der Freibeträge zu vermeiden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche daher in einem Antrag eine Anhebung der Freibeträge um 65 Prozent gefordert, denn in dieser Größenordnung sind in den vergangenen zehn Jahren die Immobilienwerte gestiegen. Zusätzlich setzen wir uns für eine Regionalisierung der Freibeträge ein, um örtlichen Unterschieden in der Wertentwicklung gerecht zu werden.

Wir brauchen eine globale Energiepolitik

„Wir brauchen eine globale Energiepolitik, die anerkennt, dass alle Länder Opfer bringen müssen. Wir müssen alle zusammenbringen (...). Wir müssen das Unmögliche erreichen.“ – Mit diesen Worten hat der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) S.E. Ahmed Alattar die Herausforderung, vor der wir stehen, auf den Punkt gebracht. Sein Land sieht er dabei in besonderer Verantwortung. Die VAE haben sich verpflichtet, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen und der Welt zu helfen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

Vielen Dank für die Einladung in die Botschaft anlässlich des 51. Nationalfeiertages der Vereinigten Arabischen Emirate.



Im Gespräch mit S.E. Ahmed Alattar, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, und Armin Laschet.





Mein Appell an Robert Habeck zum Wunsiedler Weg

In einem persönlichen Brief habe ich mich wegen der Auswirkungen des Gesetzentwurfs zur geplanten Strompreisbremse auf unseren Wunsiedler Weg an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck gewandt: In klaren Worten habe ich zum Ausdruck gebracht, dass durch die geplanten Regelungen nicht nur der Wunsiedler Weg als Blaupause der Energiewende in Europa in Gefahr gebracht wird, sondern auch die Reputation der deutschen Energiewende auf dem Spiel steht.

Das betrifft vor allem den erst jüngst in Betrieb genommenen Elektrolyseur im Energiepark Wunsiedel. Durch die von der Bundesregierung vorlegten Regelungen kann dieser bei steigenden Marktpreisen in die Unterdeckung getrieben werden. Diese Verluste würden das Aus für den Elektrolyseur und den Wunsiedler Weg bedeuten.

Zusätzlich verbietet der Gesetzentwurf, dass die Stadtwerke Wunsiedel günstigen grünen Strom anbieten dürfen. Nur der teure Marktpreis darf verrechnet werden. Einzig die Bundesnetzagentur dürfte über eine Vergünstigung entscheiden. Die grüne, lokale Energieerzeugung zu günstigen Preisen wird damit auf fatale Weise verhindert.

Hunderte von Arbeitsplätzen in der Region und die dezentrale Energiewende in Nordostbayern stehen auf dem Spiel. In meinem Brief an Robert Habeck habe ich eindringlich appelliert, den Gesetzentwurf in den genannten Punkten zu überarbeiten, um dem Wunsiedler Weg, der über 20 Jahre gegangen wurde, nicht das Genick zu brechen.



**Ich wünsche Ihnen einen
schönen zweiten Advent!**

Christbaum im Jakob-Kaiser-Haus im
Deutschen Bundestag

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,
Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat